

**Niederschrift  
der Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) am 29.08.2024**

---

<b>Sitzungsort:</b>	Rathaus, Raum 225, Ratssitzungssaal, Fischmarkt 1, 99084 Erfurt
<b>Beginn:</b>	17:00 Uhr
<b>Ende:</b>	17:57 Uhr
<b>Anwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Abwesende Mitglieder des Ausschusses:</b>	Siehe Anwesenheitsliste
<b>Sitzungsleiter/in: Schriftführer/in:</b>	Herr Linnert [REDACTED]

**Tagesordnung:**

<b>I.</b>	<b>Öffentlicher Teil</b>	<b>Drucksachen- Nummer</b>
1.	Eröffnung und Begrüßung	
2.	Änderungen zur Tagesordnung	
2.1.	Sofortbericht des Beigeordneten: BE:Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	<b>1578/24</b>
3.	Dringliche Angelegenheiten	
4.	Genehmigung der Niederschriften	
4.1.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 24.07.2024	<b>1467/24</b>
4.2.	Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sit- zung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 07.08.2024	<b>1456/24</b>
5.	Behandlung von Entscheidungsvorlagen	
5.1.	1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	<b>1273/24</b>

5.1.1.	Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 1273/24 - 1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024	<b>1567/24</b>
6.	Vorberatung von Entscheidungsvorlagen des Stadtrates	
6.1.	Neukreditaufnahme 2024 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	<b>1052/24</b>
6.2.	Sondernutzungsgebühren: Innenstadt beleben, Außengastroflächen kostengünstig erweitern BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport	<b>1236/24</b>
6.3.	1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - FriedhGebSEF BE: Leiter des Garten- und Friedhofsamtes	<b>1261/24</b>
6.4.	Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung) der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Haushaltsjahr 2025 BE: Leiterin der Stadtkämmerei	<b>1311/24</b>
6.5.	Containerbeschaffung fürs GSZ BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport; Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung	<b>1353/24</b>
7.	Informationen	
7.1.	Mündliche Informationen	
7.2.	Sonstige Informationen	

## I. Öffentlicher Teil

Drucksachen-  
Nummer

### 1. Eröffnung und Begrüßung

Die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) wurde durch den Beigeordneten für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herrn Linnert, eröffnet. Er begrüßte die Anwesenden und stellte die form- und fristgemäße Einladung gem. § 35 (2) ThürKO sowie die Beschlussfähigkeit gem. § 36 (1) ThürKO fest.

### 2. Änderungen zur Tagesordnung

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, spricht für die Aufnahme der Drucksache 1578/24 – Sofortbericht des Beigeordneten aus. Er teilt mit, dass er erst gestern vom Sachverhalt erfahren hat und bittet um Aufnahme des Tagesordnungspunktes.

Es geht um die HH-Stelle 12300-57600 Abrechnung tierärztlicher Kosten im Zusammenhang mit verletzten Wildtieren.

Der Referent für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung erläutert, dass es sich um eine laufende Angelegenheit handelt und die HH-Stelle sich in einem Deckungsring befindet. Eine gegenseitige Deckungsfähigkeit liegt vor. Im Deckungsring befindet sich EUR 500.000, so dass die Finanzierung abgesichert ist. Folglich sind Gründe der Dringlichkeit nicht ersichtlich. Jedoch spricht sich Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung für die heutige Behandlung der Drucksache aus, um den Sachverhalt zu klären.

#### 2.1. Sofortbericht des Beigeordneten: BE:Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN

1578/24

**Dringlichkeit nicht bestätigt Ja 6 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0**

**Eine 2/3 Mehrheit der anwesenden Ausschussmitglieder über die Aufnahme in die Tagesordnung liegt somit nicht vor.**

Weiterhin zusätzlich aufgenommen werden soll folgender Änderungsantrag:

Drucksache 1567/24 - Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN zur Drucksache 1273/24 - 1. über-/außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024

Eine Abstimmung ist erforderlich, da dieser Antrag, nach § 14 Abs. 6 GO verfristet eingereicht wurde. Der Behandlung des Änderungsantrages wurde beschlossen.

**Ja 6 Nein 2 Enthaltung 2 Befangen 0**

Durch den Beigeordneten für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung wird die Drucksache 1311/24 - Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung) der Landeshauptstadt Erfurt ab dem Haushaltsjahr 2025 auf die Sitzung des

Hauptausschusses (Finanzen) am 11.09.2024 vertagt. Zudem erfolgte durch den Beigeordneten für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung ein Angebot an die Fraktionen in einem persönlichen Gespräch offene Fragen zu beantworten.

Weitere Änderungen gab es nicht.

Es erfolgt eine Abstimmung über die geänderte Tagesordnung:

**Ja 9 Nein 0 Enthaltung 1 Befangen 0**

### **3. Dringliche Angelegenheiten**

Es lagen somit keine dringlichen Angelegenheiten vor.

### **4. Genehmigung der Niederschriften**

#### **4.1. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 24.07.2024 1467/24**

Es lagen keine schriftlichen oder mündlichen Einwände vor. Folglich wurde die Niederschrift genehmigt.

**genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

#### **4.2. Genehmigung der Niederschrift aus der öffentlichen Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vom 07.08.2024 1456/24**

Es lagen keine schriftlichen oder mündlichen Einwände vor. Folglich wurde die Niederschrift genehmigt.

**genehmigt Ja 8 Nein 0 Enthaltung 2 Befangen 0**

### **5. Behandlung von Entscheidungsvorlagen**

#### **5.1. 1. über-/ außerplanmäßige Mittelbereitstellung nach § 58 Abs.1 ThürKO im Jahr 2024 1273/24 BE: Leiterin der Stadtkämmerei**

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung führt aus, dass es einen Antrag der Fraktion SPD & PIRATEN in der DS 1567/24 gibt, hierzu hat die Verwaltung Stellung genommen und sich wie folgt dazu geäußert, dass diese Umwidmung für die Turnhalle in Töttelstädt nicht förderrechtlich möglich ist und diese Fördermittel entfallen würden. Gleichzeitig wurde aber mitgeteilt, dass diese Thematik auf der Tagesordnung des Ortschaftsrates Töttelstädt aufgenommen worden ist. Zudem sind im Haushalt Mittel bereitgestellt, um erste Schritte umzusetzen.



Hierzu teilt der Ausschussvorsitzende mit, dass im Haushaltsplan planmäßig jedes Jahr eine Kreditermächtigung aufgenommen wird. Eine Inanspruchnahme des Kredites liegt, jedoch schon mehrere Jahre zurück. In der Regel ist der Schuldenstand in den letzten Jahren stark abgebaut wurden.

## **Beschluss**

**01**

**Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den in der Haushaltssatzung 2024 genehmigten Kredit in Höhe von maximal 36.000.000 EUR aufzunehmen.**

**02**

**Der Ausschuss für Finanzen, Liegenschaften, Rechnungsprüfung und Vergaben wird nach Aufnahme des Darlehens über die Konditionen informiert.**

**bestätigt Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

- 6.2.            Sondernutzungsgebühren: Innenstadt beleben, Außen-            1236/24**  
**gastroflächen kostengünstig erweitern**  
**BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicher-**  
**heit, Umwelt und Sport**

Herr Robeck, Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erläutert den Hintergrund des Antrages.

Frau Held, Fraktion DIE LINKE, teilt mit, dass sie im Großen und Ganzen den Antrag zustimmen. Wünscht sich aber eine Präzisierung des Antrages.

Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, findet das Ansinnen wichtig. Aber hierzu bedarf es einer Änderung der Verwaltungspraxis. Wenn die Flächen nicht frei gegeben werden können, weil sie als Parkflächen benötigt werden.

Hierauf gibt Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, zu bedenken, dass Parkflächen besonders gewidmet sind.

Herr Grenzdörffer, Fraktion SPD & PIRATEN, empfinde es nicht so, dass die Außenbereiche der Gastronomien so voll sind, dass man zusätzlich auf Parkflächen zurückgreifen sollte. Dies sei unangemessen.

Herr Robeck möchte von der Verwaltung genauer erklärt haben, inwieweit hier ein Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz vorliegt.

Hierauf erklärt Herr Linnert, dass der Verstoß gegen den Gleichbehandlungsgrundsatz darin liegt, dass unterschiedliche Gebühren bezahlt werden. Dies ist nur dann zulässig, wenn es einen sachlich gerechtfertigten Differenzierungsgrund gibt. Im vorliegenden Fall ist dieser nicht ersichtlich.

Herr Robeck stellt somit den Antrag auf Vertagung.

**vertagt Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

**6.3. 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung - 1261/24**  
**FriedhGebSEF**  
**BE: Leiter des Garten- und Friedhofsamtes**

Der Ausschussvorsitzende, Herr Linnert, erläutert den Ausschussmitgliedern, dass im Zuge der Umstellung auf § 2b UStG zum 01.01.2025 die Friedhofsgebührensatzung zwecks Ausweisung der Umsatzsteuer anzupassen ist und verweist gleichzeitig auf die Anlage zur Drucksache DS 1261/2024.

Hierzu erläutert Herr Prechtel, Fraktion Mehrwertstadt, dass es aus seiner Sicht eine Änderung der Formulierung in Artikel 1 Satz 1 bedarf. Seiner Meinung nach müsste der Wortlaut „1. Änderungssatzung zur“ gestrichen werden, da ja die ursprüngliche Friedhofsgebührensatzung geändert werden soll. Es wurde folgende Festlegung getroffen:

<b>Drucksache 1640/24</b>	<p>Der Hauptausschuss (Finanzen) hat in seiner Sitzung am 29.08.2024 über die 1. Änderungssatzung der Friedhofsgebührensatzung – FriedhGebSEF beraten (DS 1261/24).</p> <p>Fraglich ist, ob Artikel 1 Satz 1 korrekt formuliert ist oder ob es einer Änderung bedarf. Dieser lautet wie folgt:</p> <p>„Die 1. Änderungssatzung zur „Friedhofsgebührensatzung – FriedhGebSEF wird in folgenden Positionen geändert:“</p> <p>Diesbezüglich ist über das Ergebnis der Prüfung zu informieren.</p> <p>T: 18.09.2024 V.: Beigeordneter des Dezernates 04 Bau und Verkehr, Herr Bärwolff</p>
-------------------------------	--

Da es keine weiteren Rückfragen gab, wurde die Beratung geschlossen und die Drucksache wie folgt abgestimmt:

**bestätigt Ja 8 Nein 2 Enthaltung 0 Befangen 0**

**6.4. Satzung über die Erhebung der Grundsteuern und Gewerbesteuer (Hebesatz-Satzung) der Landeshauptstadt Erfurt 1311/24**  
**ab dem Haushaltsjahr 2025**  
**BE: Leiterin der Stadtkämmerei**

Der Tagesordnungspunkt ist auf die nächste Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen) vertagt worden.

**6.5. Containerbeschaffung fürs GSZ 1353/24**  
**BE: Vertreter der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**  
**hinzugezogen: komm. Leiterin des Dezernates für Sicherheit, Umwelt und Sport; Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung**

Nach Eröffnung der Beratung bittet der Beigeordnete für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, Herr Linnert, um Wortmeldung.

Hierauf äußert sich Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass im Gefahrenschutzzentrum der Erfurter Feuerwehr in Marbach seit Jahren unzureichende räumliche Kapazitäten zur Verfügung stehen und durch die Beschaffung von Containern eine Entlastung dieser Platznot geschaffen werden kann. Die Beschaffung von Containern für das GSZ wurde durch den Stadtrat beschlossen und die finanziellen Mittel in dem Nachtragshaushalt 2023 ausgewiesen. Diese Mittel wurden in der Haushaltssatzung 2024 fortgeschrieben. Da die Beschaffung noch nicht vollzogen wurde, bittet er um einen aktuellen Sachstandsbericht.

Herr Ott, Amt für Gebäudemanagement, informiert über den aktuellen Planungsstand und teilt mit, dass zum jetzigen Zeitpunkt man sich in der Leistungsphase 2 befindet. Sobald diese Leistungsphase abgeschlossen ist, wird eine Handlungsklarheit für die Leistungsphase 3 vorliegen. Spätestens mit Bestätigung der Leistungsphase 3 kann eine Aufstellung der Container erfolgen.

Daraufhin schlägt Herr Robeck vor, die Drucksache zu vertagen und diesem im Verlauf des 4. Quartals erneut aufzurufen und der Bitte über den aktuellen Sachstand erneut zu informieren. Dieser Vorschlag wird von den Ausschussmitgliedern unterstützt.

## **7. Informationen**

### **7.1. Mündliche Informationen**

Im Vorfeld zur Sitzung wurden keine mündlichen Informationen abgefordert.

### **7.2. Sonstige Informationen**

Herr Robeck, Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, bittet um Informationen zur HH-Stelle 12300-57600 u.a. zur Abrechnung tierärztlicher Kosten im Zusammenhang mit verletzten Wildtieren.

Herr Linnert, Beigeordneter für Finanzen, Wirtschaft und Digitalisierung, informiert, dass es eine Haushaltsstelle ist zur Abdeckung von Tierkörperbeseitigungskosten. Die Kosten hängen davon ab, wieviel Tiere angefahren werden. Die Haushaltsstelle in diesem Jahr ist ausgeschöpft. Der Haushaltstelle steht ein Deckungsring zur Verfügung, um potenziellen Mehrbedarf decken zu können. Überzogen ist die HH-Stelle derzeit in Höhe von EUR 200,00. Dies wird vom Deckungsring aufgefangen.

Es bestand indes kein weiterer Informationsbedarf und Herr Linnert beendete die öffentliche Sitzung des Hauptausschusses (Finanzen). Die Nichtöffentlichkeit wurde hergestellt.

gez. Linnert  
Vorsitzender

gez.   
Schriftführerin